

### "Sudetendeutsche" Bevölkerungsfragen zwischen Minderheitenkampf und Münchener Abkommen: zur Nationalisierung und Radikalisierung deutscher Wissenschaftsmilieus in der Tschechoslowakischen Republik 1919-1938

Haar, Ingo

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haar, I. (2006). "Sudetendeutsche" Bevölkerungsfragen zwischen Minderheitenkampf und Münchener Abkommen: zur Nationalisierung und Radikalisierung deutscher Wissenschaftsmilieus in der Tschechoslowakischen Republik 1919-1938. *Historical Social Research*, 31(4), 236-262. <https://doi.org/10.12759/hsr.31.2006.4.236-262>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

## „Sudetendeutsche“ Bevölkerungsfragen zwischen Minderheitenkampf und Münchener Abkommen: Zur Nationalisierung und Radikalisierung deutscher Wissenschaftsmilieus in der Tschechoslowakischen Republik 1919-1938

*Ingo Haar*\*

**Abstract:** Erich Gierach, born in 1881 in Bromberg (Bydgoszcz), was one of the most successful scholars and university professors of the German minority in interwar Czechoslovakia. The writings and actions of this ethnographer and Germanist provided the ideological foundations for the rise of Konrad Henlein's Sudeten German nationalist movement. In the wake of the First World War, Gierach created the archetype of the "Sudeten German" and continued to develop it, in the service of specific political goals, throughout the interwar period. Even before 1933, Gierach helped conjoin *völkisch*-nationalist and racist population policy models with revisionist ideas about territorial and social reordering (*Neuordnungsideen*). Consequently, he can be considered an intellectual godfather of the 1938 Munich Agreement.

### Einleitung

Die Konstruktionen des Eigenen und des Fremden in den Deutungsmustern von Sozial- und Geisteswissenschaftlern aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zielten auf bevölkerungspolitische Einschnitte in die Gesellschaft ab. Es ging dabei um die Inklusion des Eigenen und die Exklusion des Fremden. Die Deutungsmuster des „Volkes“ und der „Rasse“ wirkten wie Einschnitte, die in der utopischen Gesellschaftsplanung das Eigene festlegten und darin das Fremde

---

\* Address all communications to: Ingo Haar, Technische Universität Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin, Germany;  
e-mail: haar@zfa.kgw.tu-berlin.de.

ausschlossen. Solche Paradigmen waren in höchstem Maß dazu geeignet, durch die Funktionsebenen des NS-Staates instrumentalisiert zu werden. Die NS-Bevölkerungspolitik zielte ohnehin darauf ab, die gesellschaftliche Ordnung auf rassistischen Kategorien aufzubauen. Sozialtechnische Mittel, so zum Beispiel die Zuweisung, einer „Nation“ oder einer „Rasse“ anzugehören, dienten dem Zweck, die Gesellschaft vertikal und horizontal neu zu ordnen. Die Voraussetzung war allerdings die Revision der Pariser Vorortverträge und die Beseitigung der europäischen Demokratien.<sup>1</sup>

Die Idee, einzelne Teilgruppen der Gesellschaft rassistisch voneinander abzugrenzen und abzuwerten, spielte in den Wissenschaftsmilieus der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) der Zwischenkriegszeit eine zentrale Rolle. Diese Ordnungsvorstellungen sind weder zeitlich noch paradigmatisch mit der NS-Ideologie des „Dritten Reiches“ zu verwechseln oder in eins zu setzen. „Völkische“ Neuordnungsvorstellungen, die auf Inklusionen und Exklusionen auf rassistischer Basis abzielten, gab es bereits *in der k. u. k. Monarchie*.<sup>2</sup> Speziell dort, wo nach dem Ende des Ersten Weltkriegs *neue Nationalitätenkonflikte durch neue nationalstaatliche Grenzen entstanden waren*, stellten völkische Sozial- und Geisteswissenschaftler die gesellschaftlichen Strukturen radikal zur Disposition. Vor allem deutsch-nationale Historiker und Volkskundler, Germanisten und Pädagogen aus dem bürgerlichen Milieu der deutschen Minderheit, die ihren sozialen und kulturellen Status verteidigten oder ausbauen wollten, konstruierten solche neuen Zäsuren.

Das Feindbild der sudetendeutschen Wissenschaftler war die Theorie und Praxis des Staatsgründers der ČSR T. G. Masaryk, der sich eng an die Nationalstaatstheorie Westeuropas anlehnte, die „Nation“ durch soziale und ethnische Homogenisierungen zu konstituieren<sup>3</sup>, ohne jedoch gegen den Gleichheitsgrundsatz der westlichen Zivilisationen verstoßen zu wollen. Tatsächlich suchte die ČSR die einzelnen Angehörigen nichttschechischer Minderheiten gleichberechtigt zu integrieren. Ein Reibungspunkt bildete aber Masaryks

---

<sup>1</sup> Vgl. Josef Ehmer, „Nationalsozialistische Bevölkerungspolitik“ in der neueren historischen Forschung, in: Rainer Mackensen (Hg.), *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“*, Opladen 2004, S. 22-44, S. 31f.; Ingo Haar, *Bevölkerungspolitische Szenarien und bevölkerungspolitische Expertise im Nationalsozialismus – Die rassistische Konstruktion des Fremden und das „Grenz- und Auslandsdeutschtum*, in: Rainer Mackensen/Jürgen Reulecke (Hg.), *Das Konstrukt „Bevölkerung“ vor, im und nach dem „Dritten Reich“*, Wiesbaden 2005, S. 340-370, 344f.

<sup>2</sup> Alexander Pinwinkler, *Minderheitsdiskurse in der Bevölkerungsstatistik in Österreich 1900 bis 1945*, in: Gerhard Baader, Veronika Hofer, Thomas Mayer (Hg.), *Eugenik in Österreich, Biopolitische Methoden und Strukturen von 1900-1945*, Wien 2006 [im Druck]; Michael Wladika, *Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k. u. k. Monarchie*, Wien 2005, S. 299-337, und Arnold Suppan, *Die österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert*, Wien 1983.

<sup>3</sup> Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt-New York 2005, S. 163-172; David I. Kertzer, Dominique Arel (eds.), *Census and Identity. The Politics of Race, Ethnicity, and Language in National Censuses*, Cambridge 2002.

ambivalentes Gebot, dass die kleine ČSR zwar demokratisiert, aber auch „ent-österreicht“ werden müsste.<sup>4</sup> Welche Paradigmen und Netzwerke bildeten nun die deutschsprachigen Eliten innerhalb der deutschen Minderheitenmilieus zwischen Reichenberg und Prag heraus, um sich unmittelbar nach der Krise des deutsch-österreichischen Zusammenbruchs neu zu positionieren? Wie orientierten sich die früheren deutsch-österreichischen Bildungseliten um, als die österreichische Gesellschaft sich auf die Erste Republik konzentrierte, und nicht, wie das Deutsche Reich, Revisionspolitik betrieb. Wie reagierten diese Eliten, als die Nationalsozialisten sich 1933 im Deutschen Reich durchsetzten?

Eine Untersuchung, die der Verflechtung der sudetendeutschen Geisteswissenschaften mit dem Deutschen Reich nachgeht, steht noch aus.<sup>5</sup> Indes stellt dieses neue Forschungsfeld aber auch keine analytische Herausforderung mehr dar. Die Interdependenz zwischen Wissenschaft und Politik und die Makro- wie Mikromilieus der Minderheitenforschung der Zwischenkriegszeit sind bereits beispielhaft durchmessen worden.<sup>6</sup> Diese kleine Fallstudie beansprucht den Forschungsstand lediglich um das Beispiel der Wissenschaftsgeschichte der „sudetendeutschen“ Volkstumsforschung zu erweitern. Das Desiderat ist und bleibt eine Studie, die den wissenschaftlichen Milieus, Paradigmen und Netzwerken umfassender nachgeht, als das hier passiert.<sup>7</sup> Diese Studie konzentriert sich lediglich auf zwei Teilaspekte, nämlich auf das Milieu der „sudetendeutschen“ Heimatforschung in Reichenberg und die Minderheitenforschung an der Deutschen Universität in Prag in der Zwischenkriegszeit. Beide Fallbeispiele verdeutlichen exemplarisch, wie diese Milieus vom Ausgangspunkt einer lokal bezogenen Heimatforschung den Sprung in den Forschungsbetrieb des „Großdeutschen Reichs“ vollzogen.

---

<sup>4</sup> T. G. Masaryk, *Die Weltrevolution-Erinnerungen und Betrachtungen 1914-1918*, Berlin 1925, S. 470.

<sup>5</sup> Die erste kritische Analyse startete Eva Hahn, *Das völkische Stereotyp „Osteuropa“ im kalten Krieg*. Eugen Lembergs „Erkenntnisse“ über Osteuropa aus der Sicht der historischen Stereotypenforschung, in: <http://www.bohemistik.de/lemberg.pdf>; und Volker Ackermann, *Integration – Begriff, Leitbilder, Probleme*, in: Matthias Beer (Hg.), *Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945*, Sigmaringen 1994, S. 11-26.

<sup>6</sup> Vgl. Rudolf Jaworski, *Vorposten oder Minderheit. Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR*, Stuttgart 1977, S. 128ff.; Ronald D. Smelser, *Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933-1938. Von der Volkstumspolitik zur Nationalsozialistischen Außenpolitik*, München 1980.

<sup>7</sup> Vgl. Karin Pohl, *Die Soziologen Eugen Lemberg und Emerich K. Francis. Wissenschaftsgeschichtliche Überlegungen zu den Biographien zweier „Staffelsteiner“ im ‚Volkstumskampf‘ und in Nachkriegsdeutschland*, in: *Bohemia* 45 (2004), S. 24-76.

## Das völkische Milieu und die Heimatforschung Reichenbergs: Erich Gierach und der Katechismus der „Sudeten-deutschen“

Die Auflösung des Deutschen Kaiserreiches und der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie gegen Ende des Ersten Weltkrieges war nicht nur in Deutschland und Österreich mit dem Aufbau ernstzunehmender Demokratien verbunden. Der Zusammenbruch der alten Ordnungen bot den jungen Nationalbewegungen Südost- und Osteuropas die Chance, sich Wilsons Angebot zur Neuordnung der europäischen Staaten- und Völkerordnung – auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker – zu Nutze zu machen und neue Nationalstaaten auf demokratischer Basis zu gründen. So bildeten die im Reichsrat vertretenen tschechischen Abgeordneten am 13. Juli 1918 einen „Tschechischen Nationalausschuß“, der die Einheit der k. u. k. Monarchie bestritt. Am 30. Juni hatte bereits Frankreich den tschechoslowakischen Nationalrat anerkannt, der im Exil die Errichtung der Tschechoslowakischen Republik betrieb. Nur einen Tag später, nachdem Österreich-Ungarn dem amerikanischen Präsidenten Wilson am 27. Oktober 1918 Waffenstillstandsverhandlungen anbot, ergriff der tschechische Nationalausschuß in Prag die Gelegenheit, unterstützt durch Emigranten in Paris, in Prag die Regierungsgewalt zu übernehmen, um eine parlamentarische Demokratie aufzubauen.<sup>8</sup>

Die deutsche Bevölkerungsgruppe in den bis dahin zu Österreich-Ungarn gehörenden Regionen in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien hatte sich den Nationalstaatsplänen der neuen tschechischen Akteure entzogen, obwohl sie eingeladen waren, gleichberechtigt an der neuen Republik teilzuhaben. Die Vertreter der deutsch-österreichischen Bevölkerungsgruppe schlossen sich aber der „Provisorischen Nationalversammlung“ in Wien an. Um ihren Anschlusswunsch zu bekräftigen, gründeten sie vier neue Provinzen: das Sudetenland (in Schlesien und im nördlichen Mähren an der Grenze zum Deutschen Reich), Deutschböhmen (das nördliche Böhmen nahe der deutschen Grenze), den Böhmerwaldgau (südliches Böhmen nahe der bayrischen und österreichischen Grenze) und Deutschsüdmähren (südliches Mähren nahe der österreichischen Grenz). Tatsächlich hatte es unter den Angehörigen der deutschen Minderheit keine einheitliche Position gegeben, dem Wunsch ihrer Führung nach einer Irredenta entgegenzukommen. Unter dem Terminus der europäischen Irredenta fasste Max Hildebert Boehm sämtliche Revisionsbestrebungen der Angehörigen des Deutschen Reiches und der alten Mittelmächte und ihrer Verbündeten zusammen, sich der Grenzziehung aus den Pariser Vorortverträ-

---

<sup>8</sup> Viktor Mamatey, Die Errichtung der Republik, in: ders./Radomír Luža, Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918-1948, Wien 1980, S. 11-48, 36ff.

gen entgegenzustellen und Anschlussbewegungen zu initiieren.<sup>9</sup> Diese Strategie war aber nach 1918/19 nicht aufgegangen. „Deutsch-Böhmen“ war viel zu eng und zu komplex mit der neuen CSR verbunden. Das größte Ballungszentrum der deutschen Minderheit im nördlichen Böhmen lag an der deutschen, nicht an der österreichischen Grenze. Die Verbindung der vier deutschen Provinzen untereinander und zu Österreich führte ausschließlich über tschechisches Gebiet. Drei der vier Regionen waren industrialisiert. Außerdem waren sie wirtschaftlich eng mit dem tschechischen Teil verflochten. In der Frage der Rohstoff- und Lebensmittelzulieferung waren die Provinzen von Prag abhängig.<sup>10</sup> Nachdem erste Verhandlungen zwischen Tschechen und Deutschen in Prag gescheitert waren, löste das tschechische Militär die deutsch-österreichischen Provinzen gewaltsam auf. Der Anschluss an das Deutsche Reich wurde zwar erwogen, scheiterte aber sowohl am Desinteresse Berlins als auch an der fehlenden Einheitlichkeit der deutschen Minderheit in der neuen CSR selbst.<sup>11</sup> Ein Bericht, den der preußische Gesandte in Sachsen am 9. Juli 1919 an das Auswärtige Amt in Berlin schickte, wies deutlich darauf hin, dass in Deutsch-Böhmen keine Irredenta drohe. Er vertrat im Gegenteil die Auffassung, „eine deutsche Irredenta sei noch nie da gewesen und nach dem ganzen Charakter der Deutschen nicht möglich. Wenn aber die Tschechen mit Deutschenverfolgung, Verhaftung der Führer, Vermögenskonfiskationen usw. fortfahren wie bisher, so könnten sie damit Erfolg haben, zum ersten Male eine deutsche Irredenta ins Leben zu rufen.“ Trotz dieser einschränkenden Kommentierung blieb es bei folgender Einschätzung: „Deutschböhmen sei wohl räumlich zu weit von jenen Provinzen abgetrennt, als dass eine Fühlungnahme und eine gegenseitige Rückenstärkung der unterdrückten Deutschen erhofft werden dürfe; auch sei eine gemeinsame Irredenta gegen verschiedene Feinde praktisch schwer durchführbar.“ Er stellte auch klar, dass die Tschechen keinen Krieg gegen die deutsche Bevölkerung als Minderheit führten.<sup>12</sup>

Nachdem die Verhandlungen zwischen Tschechen und Deutschen in Prag gescheitert waren, löste das tschechische Militär die Provinzen gewaltsam auf. Edvard Beneš setzte in den Verhandlungen mit den Mächten der Entente durch, dass die neue Tschechoslowakische Republik die deutsch-österreichischen Gebiete einbehält. Das von US-Präsident Wilson als Legitimationsgrund für die Errichtung neuer Staaten proklamierte Recht auf Selbstbestimmung galt nur

---

<sup>9</sup> Vgl. Max Hildebert Boehm, *Europa irredenta: eine Einführung in das Nationalitätenproblem der Gegenwart* (= Ring-Schriftenreihe), Berlin 1923, und ders., *Grenzdeutsch-Großdeutsch*, Vortrag anlässlich der Hauptausschusstagung des VDA im November 1924, o. O. 1924.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 37.

<sup>11</sup> Johann Wolfgang Brügel, *Tschechen und Deutsche 1918-1938*, München 1967, S. 48f. und 58ff.

<sup>12</sup> Bericht des Preußischen Gesandten Reinhardt an das Auswärtige Amt über die Gefahr einer Irredenta der Deutschböhmen in der Tschechoslowakischen Republik vom 9. Juli 1919 (PA, Gesandtschaft Prag, Karton 54, Akte 56/1).

für Tschechen und Polen, nicht aber für die Kriegsverlierer.<sup>13</sup> In Reaktion auf ihre gewaltsame Inklusion in die ČSR stellte Rudolf Lodgman von Auen, der bürgerlich-nationalistische Verhandlungsführer der Sudetendeutschen, folgende Warnung auf: „Wenn das deutsche Volk das Bewusstsein der in ihm schlummernden unüberwindlichen Anlagen und Kräfte wieder erlangt, und sich zur einheitlichen Zusammenfassung dieser Kräfte versteht, wird dieser Zeit tiefster Not eine Zeit der Erhebung und der Größe wieder folgen.“<sup>14</sup>

Tatsächlich war die deutsche Minderheit in der ČSR, anders als die deutsche Minderheit in den deutschen Abtretungsgebieten in Polen, kein starker Aktivposten für eine aggressive Revisionspolitik. Die Volkszählung vom 1. November 1930 ging von einer Gesamtbevölkerung von 14.729.536 Einwohnern aus. Davon waren 9.756.604 Tschechen und Slowaken (66,24 %), 3.318.445 Deutsche (22,53 %) und 719.569 Madjaren (4,89), 568.941 Ukrainer (3,86 %), 204.779 Juden (1,39 %) und 100.322 Polen (0,68 %).<sup>15</sup> Die Deutschen stellten die drittstärkste Minderheit. Die Volkszählung vom 15. Februar 1921 zählte 3.218.005 (23,64 %) deutsche Muttersprachler. Am stärksten waren die Deutschen in Böhmen und in Mährrisch-Schlesien vertreten.<sup>16</sup> Die sudetendeutsche Anschlussbewegung war parteipolitisch vor allem durch die DNSAP repräsentiert. Die Kommunistische Partei Tschechiens (KPTsch) war als einzige Partei multinational zusammengesetzt. Die deutschen Sozialdemokraten (DSAP) bekannten sich zum demokratischen Verfassungsstaat, und kooperierten mit den tschechischen Sozialdemokraten.<sup>17</sup> Nur der Bund der Landwirte (BdL) und die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei (DCV) sollten von Anfang an dem „Bürgerblock“ der ersten deutsch-tschechischen Regierung angehören.<sup>18</sup> Die Hauptakteure der Anschlussbewegung kamen aus dem außerparlamentarischen Milieu der deutschsprachigen Turn-, Heimat- und Volksbildungsvereine. Diese Milieus verfügten gegenüber den parlamentarischen Vertretern des „Aktivismus“ über zwei entscheidende Vorteile: Die Anschauungen ihrer Mitglieder bauten zum einen auf vorhandenen völkisch-nationalistischen Deutungsmustern auf, die sich bereits im deutsch-tschechischen Sprachenkampf innerhalb des österreichischen Teils der Monarchie etabliert hatten, zum anderen waren diese Milieus, im Gegensatz zu den Parteiorganisationen der deutschen Min-

---

<sup>13</sup> Wladika, Hitlers Vätergeneration, S. 587.

<sup>14</sup> Zit. nach Erich Kühne (Hg.), Sudetendeutscher Schicksalskampf, Leipzig 1938, S. 99.

<sup>15</sup> Vgl. Čechoslovakische Statistik, Bd. 98, Reihe VI (Volkszählung, H. 7): Volkszählung in der Čechoslovakischen Republik vom 1. Dezember 1930, I. Teil, hrsg vom Statistischen Staatsamt, Prag 1934, Tab. 9, S. 80 und Tab. 4, S. 36.

<sup>16</sup> Vgl. Čechoslovakische Statistik, Bd. 9, Reihe VI (Volkszählung, H. 1): Volkszählung in der Čechoslovakischen Republik vom 15. Februar 1921, I. Teil, hrsg vom Statistischen Staatsamt, Prag 1924, Tab. X, S. 83.

<sup>17</sup> Vgl. S. Martin K. Bachstein, Die Sozialdemokraten in den böhmischen Ländern bis zum Jahre 1938 in: Karl Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslovakische Republik als multinationaler Parteienstaat, München 1979, S. 79-153.

<sup>18</sup> Vgl. Jörg Kracik, Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920-1938, Frankfurt a. M. 1999, S. 171ff., 434-444.

derheit, keiner parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Außerdem verfügten sie über eine politische Programmatik, die ihre historischen Wurzeln zwar aus dem deutsch-tschechischen Gegensatz im Kampf um die kulturelle Hegemonie im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarns bezog, aber noch deutlich radikalisiert werden konnte.<sup>19</sup>

Einer der rühmlichsten Netzwerker im völkischen Milieu der deutschen Minderheit war der Germanist Erich Gierach. Er wurde am 23. November 1881 in Bromberg als Sohn eines Verlegers geboren und lebte seit 1887 im Reichenberg, der heimlichen Hauptstadt der deutschen Minderheit. Er war dort zunächst an der Handelsakademie beschäftigt, wo er zwischen 1906 und 1921 moderne Sprachen lehrte. Die Politisierung Erich Gierachs war an der Karls-Universität in Prag erfolgt, wo er in den Bannkreis Georg von Schönerers geriet, der in Wien, analog zum Alldeutschen Verband in Deutschland, die alldeutsche Bewegung Österreichs gegründet hatte.<sup>20</sup> In deren Nachfolge vertraten insbesondere die ersten Nationalsozialisten radikale und antisemitische Kriegsziele: die Erweiterung des deutschen Lebensraumes bis nach Russland und eine Separation der Völker.<sup>21</sup> Es war jedoch sein Elternhaus, insbesondere der Vater Hugo Gierach, der seinen Sohn als Druckleiter der radikal-völkischen „Deutschen Wochenzeitung“ in das radikalnationalistische Milieu einbezog. Diese Zeitschrift unterlag ab 1890 im Habsburgerreich mehrfach der Zensur, weil sie gegen die 1897 erlassene Badenische Sprachverordnung polemisierte und antisemitische Ziele verfolgte. Graf Badeni, der aus Galizien stammte und als Vertreter des polnischen Adels im österreichischen Reichsrat aktiv war, setzte 1897 das Gebot der Mehrsprachigkeit in der österreichisch-ungarischen Verwaltung durch, was die bislang dominierende Position des deutschsprachigen Bildungsbürgertum in den slawischsprachigen Regionen des Habsburgerreiches erschütterte. Sie wurde aber nach dem Rücktritt Badenis 1888 deutlich abgeschwächt und 1899 aufgehoben.<sup>22</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. Andreas Luh, *Der deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung* (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 62), München 1988; Leopold Grünwald (Hg.), *Sudetendeutsche – Opfer und Täter. Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts und ihre Folgen 1918-1982*, Wien 1983.

<sup>20</sup> Vgl. Josef Pfitzner, *Erich Gierach und der sudetendeutsche Volkstumskampf*, in: Kurt Oberdorffer / Bruno Schier / Wilhelm Wostry, *Wissenschaft im Volkstumskampf. Festschrift für Erich Gierach zu seinem 60. Geburtstag*, Reichenberg 1941, S. 9f.

<sup>21</sup> Vgl. Robert Wistrich, *Georg Schönerer and the Genesis of Modern Austrian Antisemitism*. *The Wiener Library Bulletin* 29 (1976), 20-29, und Michael Wladika, *Hitlers Vätergeneration*, 574ff.

<sup>22</sup> Vgl. Hannelore Burger, *Die Badenischen Sprachverordnungen 1897 – ein Modell für Europa 1997?* In: Kristina Kaiserová (Hg.), *Die Sprachenfrage und ihre Lösung in den Böhmischem Ländern nach 1848. Vorträge des 4. Aussiger Kolloquiums des Instituts für slawisch-germanische Forschung an der J. E. Purkyne-Universität in Aussig vom 24. bis 25. April 1997* (=Acta Universitatis Purkynianae / Slavogermanica; 35=8), Ústí nad Labem 1998, S. 201-214.



Als Erich Gierach 1919 aus der Kriegsgefangenschaft in Sibirien zurückkehrte, traf er in Reichenberg auf die vollendete Tatsache der Gründung der ČSR. Die Unterstellung der ehemaligen deutschsprachigen Kronländer des Habsburgerreiches unter ein „Großdeutsches Reich“ galt als gescheitert. Nun führte Gierach die Aktivitäten der nationalistisch-völkischen Jugendbewegung mit denen der inzwischen etablierten Parteien und bildungsbürgerlicher Vereine in der sogenannten „Böhmerlandbewegung“ zusammen, der auch Karl Hermann Frank angehörte. In Reichenberg engagierte er sich in der „Deutschen Jungmannschaft“ der völkischen Jugendbewegung, im „Deutschnationalen Verein“ und im „Neuen Deutschen Kulturbund für Österreich“.<sup>23</sup> Er übernahm in diesem Milieu sowohl die Aufgabe der politischen Sammlung als auch der politischen Schulung. Sein Plan, eine deutsch-völkische „Einheitspartei“ zu gründen, unter Einschluss der Deutschen Nationalpartei und der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP), scheiterte. Sowohl die Liberalen als auch die „Landwirte“ scherten aus, was Gustav Schlegel, ein Schüler und Parteigänger Gierachs, so kommentierte: „Daß die Liberalen nicht gewillt waren, auf die Juden zu verzichten, war noch kein Unglück; als aber die Landwirte unter Führung von Krepek und Spina auf ihrer ‚Standespartei‘ beharrten, war der große Gedanke gescheitert.“<sup>24</sup> Gierach brachte 1919 auf der Ebene der Reichenberger Gemeinde ein Wahlbündnis der radikalen Rechten zustande. Dort, wo er die bürgerliche Rechte aus Christlichsozialen und Deutschnationalen mit der DNSAP nach den Gemeinderatswahlen vom 23. Juli 1919 zu einem Bündnis zusammenführte, erzielte er ein Mandat für den Gemeinderat. Gierach selbst gehörte 1920 zu den Gründungsmitgliedern der Deutschen Nationalpartei Böhmens, die in der ČSR die Interessen der bürgerlichen Rechten vertrat und die landesweit mit der DNSAP kooperierte.<sup>25</sup> Er gehörte also der kleinen, radikalen Rechtsopposition an, die der ČSR uneingeschränkt ablehnend gegenüberstand.

Tatsächlich verweigerten die Deutschen aus den Minderheitsgebieten der ČSR zunächst einmal die Anerkennung als eigenständiger Staat, obwohl sie laut Verfassung als gleichberechtigte Bürger des Gemeinwesens galten. Ihre anfängliche Verweigerung wurde spätestens ab 1925 durch aktive Mitarbeit in den parlamentarischen Gremien abgelöst, als die deutschen Minderheitenvertreter aus den bürgerlichen Parteien, den Christlichsozialen und dem Bund der Landwirte im tschechoslowakischen Parlament an Einfluss gewannen. Die Rechte der deutschen Minderheiten erstreckten sich vom Unterhalt eigener Schulen bis hin zur Selbstverwaltung einer eigenen Universität in Prag. Laut Verfassung war die Landessprache zwar tschechisch, aber die deutsche Sprache kam in der Bildung gleichberechtigt zum Zuge. Bis 1938 gehörten die Partei-

---

<sup>23</sup> Vgl. Josef Pfitzner, Erich Gierach und der sudetendeutsche Volkstumskampf, S. 9f.

<sup>24</sup> Gustav Schlegel, Erich Gierach und der deutsche Kulturaufbau in der Tschechei, unveröffentlichtes Manuskript von September 1941 (BArch, R 153, 1115).

<sup>25</sup> Ebenda.

envertreter der deutschen Sprachgruppe, die am parlamentarischen System der ČSR partizipierten, wechselnden Regierungskoalitionen an. Ein Grund, warum der Aktivismus sich innerhalb der deutschen Minderheit durchgesetzt hatte, lag nicht zuletzt am Vertrag von Locarno. Prag hatte sich 1925 gegenüber Berlin verpflichtet, den Völkerbund als Schlichtungsinstanz für ihre Minderheitenprobleme anzuerkennen. Auf der einen Seite stärkte das die Rechte der deutschen Minderheit; auf der anderen Seite entzog Berlin dem noch immer aktuellen Problem eines deutschen Irredentismus jede Legitimität. Auf jeden Fall stabilisierte sich die innenpolitische Lage der neuen Republik, was auf das Wahlverhalten der deutschen Minderheit abfärbte.<sup>26</sup>

Trotzdem vertrat kaum ein anderer Kulturfunktionär oder Hochschullehrer der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakischen Republik so durchgängig und unbeirrt die Idee eines radikalnationalistischen Irredentagedankens wie Erich Gierach. Seine Schriften lesen sich in der Tat wie eine Melange aus völkisch-nationalistischer Programmatik und politischer Agitation. Seine bekannteste Schrift, der „Katechismus für die Sudetendeutschen“, griff das Grundaxiom des deutsch-böhmischen Heimatschutzgedankens auf, die eigene Sprachgruppe ethnisch, kulturell und sozial als einen geschlossenen Körper zu begreifen, der durch das slawische Fremde von außen bedroht wurde. Sein „Katechismus für das deutsche Volk in Böhmen“, den er unter dem Pseudonym „Prof. Erich Volkmann“ publizierte, bildete die Basis für die Konstruktion der deutschen Minderheit als eine „sudetendeutsche“ Volksgruppe. Der erste Satz des Katechismus, der in sechs Auflagen von insgesamt 60.000 verkauften Exemplaren erschien, lautete: „Das ganze Gebiet des tschechoslowakischen Staates ist alter deutscher Boden.“ Im zweiten Satz betont er das Existenzrecht der deutschen Minderheit an ihrer „Heimat“, indem er die Herkunft der Deutschen auf die alten germanischen „Stämme“ zurückführte, die in diesem Raum seit „Christi Geburt“ gesiedelt hätten.<sup>27</sup>

Die Konstruktion, in einem ersten Schritt den geographischen Raum einer ethnisch homogenen Bevölkerung zuzuweisen, um dann in einem weiteren Schritt dieser exklusiven Bevölkerungsgruppe einen Besitztitel auf dieses Territorium einzuräumen, ist ein Basisparadigma völkischen Denkens. Es tritt die Auffassung hinzu, dass eine ethnische Gruppe gegenüber einer anderen Bevölkerungsgruppe durch die Fortschrittlichkeit ihrer Kulturtechniken überlegen sei. Nicht nur in der 24. These seines Katechismus erklärte Gierach, dass die drei Hauptsiedlungszonen der Deutschen in der ČSR erst durch die höherwertige Leistung ihrer Kulturtechniken seit dem Mittelalter zivilisatorisch erschlossen worden seien. Aus der vermeintlichen Überlegenheit der deutschen Zivilisation und ihrer Wirtschaftskraft leitete er das Recht seiner eigenen „Volksgruppe“ ab, diese Räume selbst als Herrschaftsgebiet zu beanspruchen.<sup>28</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. Jörg Kracik, Die Politik des deutschen Aktivismus, S. 136ff.

<sup>27</sup> Erich Gierach, Katechismus der Sudetendeutschen, 5. Aufl., Eger 1920, S. 3.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 5.

Der heuristische Kern seiner Argumentation stützte nicht nur das Paradigma der damaligen Volkskunde, aus der germanischen beziehungsweise altdeutschen Herkunft einzelner Flur-, Orts- oder Flussnamen auf die ethnische Herkunft der Namensgeber zu schließen, sondern auch den radikalnationalistischen Anschlussgedanken der deutschen Negativisten. Gierach vertrat zudem das Dogma, dass die Tschechen in Böhmen, Schlesien und Mähren von außen als Slawen eingedrungen seien, womit er ihnen im Rahmen seiner Raumkonstruktion die Rolle der Fremden zuwies.<sup>29</sup>

1921 erhielt Gierach den Ruf an die Prager Universität. Sein wissenschaftliches Renommee erwarb er sich durch seine philologischen Arbeiten über die „Synkope und Lautabstimmung“ und durch kritische Editionen mittelalterlicher Texte wie Hartmanns „Armen Heinrich“, seiner nicht angenommenen Habilitationsschrift.<sup>30</sup> Offenbar spielten bei seiner Berufung nach Prag nicht nur fachliche, sondern auch politische Gründe eine Rolle. Eine ordentliche Berufung mit abgeschlossenem Habilitationsverfahren an der Deutschen Universität in Prag war jedenfalls aus formalen Gründen fehlgeschlagen. Trotzdem wurde er berufen.<sup>31</sup> Die wichtigsten Werke, an denen er wegen ihrer Tauglichkeit für die „Tschechenabwehr“ mitarbeitete, waren der „Deutsche Sprachatlas“,<sup>32</sup> für den Gierach in der ČSR die Fragebogenaktion organisierte, und das „Sudetendeutsche Ortsnamenbuch“, das die Grundlage für die Siedlungsgeschichte der Deutschen in Böhmen und Mähren bildete. Jeder Bezirk war in diesem Werk mit je einem Band vertreten. Er selbst hatte die Bände zu Reichenberg (1932) und Friedland (1932) bearbeitet.<sup>33</sup> Da Wissenschaft und Politik für Gierach untrennbar zusammengehörten, band er seine universitären Interessen eng mit seinen Aktivitäten in der völkisch-nationalistischen Heimatbewegung zusammen. In Reichenberg legte er die Grundlage für die „sippenkundliche“ Erfassung von Familiennamen, die seinerzeit eine der größten Sammlungen deutscher Namen war. Die damals populäre Erforschung von Genealogien machte aus zwei Gründen Sinn: Indem die Grenz- und Auslandsdeutschen ihre Familienstammbäume anfertigten, konnten sie den Beweis antreten, dass ihre Vorfahren über Generationen zurück „deutsch“ waren. Das erleichterte ihnen die Emigration in das Deutsche Reich. Schließlich beruhte das völkisch-nationalistische Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 auf dem Abstammungs-

---

<sup>29</sup> Erich Gierach, *Aus Böhmens deutscher Vergangenheit*, 2. Aufl., Eger 1919, S. 30.

<sup>30</sup> Erich Gierach, *Zur Sprache von Eilharts Tristan. Lautlehre, Formenlehre und Wortschatz nach Reimen* (= *Prager deutsche Studien*; Bd. 4), Prag 1908, und ders. (Hg.), *Der arme Heinrich von Hartmann von Aue: Überlieferung und Herstellung* (= *Germanische Bibliothek: Abt. 3, Kritische Ausgaben altdeutscher Texte*; Bd. 3), 2. Aufl., Heidelberg 1925.

<sup>31</sup> Jelko Peters, Erich Gierach, in: Christoph König (Hg.), *Internationales Germanistenlexikon 1800-1950*, Bd. 1, Berlin 2003, S. 557.

<sup>32</sup> Ferdinand Wrede (Hg. u. a.), *Deutscher Sprachatlas* (aufgrund des Sprachatlas des Deutschen Reichs), Marburg 1927-1957.

<sup>33</sup> Erich Gierach (Hg.), *Sudetendeutsche Ortsnamenbuch*. Bd. 1: Die Ortsnamen des Bezirkes Reichenberg, Reichenberg 1932, und ders., ebenda. Bd. 2: Die Ortsnamen des Bezirkes Friedland, Reichenberg 1935.

prinzip (*ius sanguinis*). Während es den Zuzug für Personen deutscher Herkunft erleichterte, erschwerte das Gesetz ihn für Slawen, Juden und andere Angehörige der nichtdeutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa.<sup>34</sup> Zudem war die Herstellung von Ortsippenbüchern ein Instrument zur sozialen Selbstkontrolle der deutschen Minderheit. In diesem Sinne bündelte Erich Gierach sein politisches Engagement im „Bund der Deutschen“. Aus diesem ging der Kern des deutschen „Abwehrausschusses“ gegen das Tschechentum hervor. Seinen Wohnsitz behielt er vor allem deshalb in Reichenberg bei, weil er dort, unbeaufsichtigt von der tschechischen Hochschulverwaltung in Prag, ein „Institut für Volksforschung“ aufbauen wollte. Für diesen Zweck reaktivierte er die „Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft in Reichenberg“, aus der die Juden ausgeschlossen wurden. Ferner gründete er die „Anstalt für Sudetendeutsche Heimatforschung“, einen Volksbildungsverein, und die „Deutsche Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte in der Tschechoslowakei“. Diese Unternehmungen wurden durch die Zeitschrift „Sudeta“ repräsentiert. Eigentlich ging der Plan, die Volksbildungsvereine zu gründen, auf tschechische Initiative zurück, wonach die Bezirks- und Stadtbildungsausschüsse öffentliche Bildungsmaßnahmen tragen sollten. Gierach machte aus diesem Ortsbildungsausschuss allerdings ein städtisches Amt für Volksbildung, das ausschließlich für Deutsche arbeitete. Er stellte dem eine Bücherei zur Seite, die bis 1935 circa 140.000 Bände zählte. Als Forum und Leistungsschau der heimatbewegten Forschung dienten ihm die „Stammeswochen“, durch welche die Kontakte zwischen den böhmischen und den schlesischen Heimatverbänden hochgehalten wurden, und die Hochschulwochen, die reine Bildungsveranstaltungen für Lehrer oder politische Funktionsträger waren. Beide Veranstaltungen galten für Tschechen und Juden als tabu.<sup>35</sup>

## Die Volks- und Kulturbodenforschung in Reichenberg: Erich Gierach im Netzwerk der europäischen Irredenta

Nachdem Gierach sich als Volkskundler und Germanist an der deutschen Universität in Prag etabliert hatte, vernetzte er sich mit der deutschen Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung, die in Leipzig residierte. Erich Gierach war für die deutsche Revisionspolitik hochinteressant, weil er zunächst einmal so gut wie ohne Reichsunterstützung operierte, aber trotzdem aktiv und erfolgreich war. In Prag vertrat er zusammen mit Emil Lehmann im „Sonderausschuß für das Volksbildungswesen“ im „Verband der Selbstverwaltungskörper“ die

---

<sup>34</sup> Vgl. Josef Ehmer, „Nationalsozialistische Bevölkerungspolitik“ in der neueren historischen Forschung, S. 31.

<sup>35</sup> Gustav Schlegel, Erich Gierach und der deutsche Kulturaufbau in der Tschechei, unveröffentlichtes Manuskript von September 1941 (BArch, R 153, 1115).

nationalen Forderungen der „sudetendeutschen“ Minderheiten gegenüber den deutschen Linken innerhalb des tschechoslowakischen Vereins- und Partei-spektrums. Zusammen mit Emil Lehmann gründete er später die „Gesellschaft für deutsche Volksbildung in der Tschechoslowakei“, die als eine Art Zentralstelle für „sudetendeutsche“ Forschung dienen sollte, aber nie zum Zuge kam. Die „sudetendeutsche“ Agitation blieb lediglich auf die „Anstalt für Sudeten-deutsche Heimatforschung“ in Reichenberg beschränkt. Trotzdem stieg Erich Gierach sukzessiv zum „nichtamtlichen Kultusminister“ der Sudetendeutschen Heimat- und Volkstumsbewegung auf.<sup>36</sup> In dieser informellen Position vertrat Gierach, der parallel dazu in Prag die Professur für deutsche Philologie an der Philosophischen Fakultät der Deutschen Universität einnahm, die Interessen der „Sudetendeutschen“ Anschlussbewegung. Sein Rückgrat bildeten der Verein für das Deutschtum im Ausland und die Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung. Diese Leipziger Stiftung diente seit 1924/25 dem Zweck, die Wissenschaftsaktivitäten der Geisteswissenschaften an den Hochschulstandorten des Grenz- und Auslandsdeutschtums in Breslau und Leipzig, Königsberg und Danzig, Riga und Prag paradigmatisch zu vereinheitlichen, organisatorisch zu vernetzen und politisch mit den Interessen der geheimen deutschen Revisionspolitik in Übereinstimmung zu bringen.<sup>37</sup> Diese Revisionspolitik bezog aber nicht nur die Gebiete mit ein, die das Deutsche Reich nach dem Versailler Vertrag an Frankreich und Belgien, Polen, Litauen und die Tschechoslowakische Republik abgetreten hatte. Revisionspolitik hieß vielmehr die Einbeziehung der gesamten Irredenta unter das Dach eines wiederzuerrichtenden „Großdeutschen Reiches“.

Das Forschungsinteresse der Leipziger „Volkstumsforschung“ zielte auf eine Kombination demographisch-räumlicher Bestandsaufnahme von Minderheitenverhältnissen ab. Daran war vornehmlich das Auswärtige Amt und das Reichsinnenministerium interessiert. Die Wissenschaftler hingegen leitete zusätzlich die Begründung von deutschen Besitztiteln auf mitteleuropäisches Territorium. Sie wurden aus der Besiedlung Ostmitteleuropas durch vermeintlich überlegene deutsche Bauern und Händler abgeleitet. Dass die deutsche Revisionspolitik weit über die ehemaligen Herrschaftsbereiche des Deutschen Kaiserreiches und Österreich-Ungarns hinausstreben sollte, daraus machte ein Teil der in der Leipziger Stiftung vertretenen Hochschulvertreter kein Geheimnis. So bezogen diese Vordenker des „Großdeutschen Reiches“ so gut wie alle Territorien in ihre Volks- und Kulturbodendoktrin ein, die bis zum Ende des

---

<sup>36</sup> Vgl. Gerd Simon, Die hochfliegenden Pläne eines „nichtamtlichen Kultusministers“. Erich Gierachs „Sachwörterbuch der Germanenkunde“, Tübingen 1998, S. 1-4.

<sup>37</sup> Vgl. Michael Fahlbusch, „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!“ Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920-1933 (= Abhandlungen der zur Geschichte der Geowissenschaften und Religion/Umwelt Forschungen; Beiheft 6), Bochum 1997, und Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten (= Kritische Studien; Bd. 143), 2. Aufl., Göttingen 2002, 47ff.

Ersten Weltkriegs entweder verwaltungsmäßig zum Deutschen Kaiserreich oder zu Österreich-Ungarn gehörten oder im Ersten Weltkrieg von Truppen der Mittelmächte eingenommen worden waren. Welcher Art der Revisionspolitik die Volks- und Kulturbodenforschung sich verschrieb, geht aus der Doktrin von Albrecht Penck hervor. Diese Gründungsfigur der Humangeographie gilt noch heute als bedeutendster deutscher Geograph des 20. Jahrhunderts.<sup>38</sup> In seinem programmatischen Aufsatz über den „deutschen Volks- und Kulturboden“ hielt er fest: „Wo deutsches Volk siedelt, ist deutscher Volksboden[...]“. Damit waren sowohl die deutschsprachigen Kernländer Österreichs und Deutschlands als auch die von Deutschen „kultivierten“ Siedlungsgebiete, einschließlich der Räume zwischen Bukarest bis Reval gemeint.<sup>39</sup> Welchen Anteil die neuen Völker und Staaten Ost- und Südosteuropas nach Albrecht Penck am Aufbau der abendländischen Kultur hatten, geht aus seiner Bewertung der ČSR hervor. Er spricht ihr schlicht das Existenzrecht ab, weil es keine „eigene tschechische Kulturlandschaft“ gebe. Außerdem unterscheidet sich das Sprachgebiet der Tschechen lediglich „durch den geringeren Grad von Sauberkeit“ von dem deutschen Sprachgebiet.<sup>40</sup>

Erich Gierach übernahm im Netzwerk des Leipziger Forschungsverbundes nicht nur die Aufgabe, die territorialen Besitztitel des tschechoslowakischen Staates auf Böhmen zurückzuweisen. Er ging auch mit denjenigen alt-österreichisch gesinnten Historikern zu Gericht, die die Kulturbringertheorie der deutschen Volks- und Kulturbodenforschung nicht für plausibel hielten oder aber ein alternatives Szenario verfolgten. Als ärgster Feind galt der bis 1926 amtierende Historiker und Leiter des Stadtarchivs in Brünn, Bertold Bretholz. Was dessen dreibändige „Geschichte Böhmens und Mährens“ bezweckte, nämlich die These des tschechischen Staatsgründers und Soziologen Tomáš G. Masaryk sanft zurechtzurücken, die Deutschen seien im Mittelalter nur als Immigranten und Kolonisten ins Land gekommen,<sup>41</sup> ging an Gierachs Zielen vorbei. Bretholz geriet deshalb in das Visier der Volks- und Kulturbodenforschung, weil er sich zum Gedanken des friedlichen Zusammenlebens beider Völker bekannte. Er vertrat die Ansicht, dass die Germanen zwar früher als die Slawen ins Land gekommen seien, aber diese hätten friedlich mit hinzugewanderten Slawen zusammengelebt. Gierach dagegen ging es ausschließlich um die Betonung reichsdeutscher Territorialansprüche. Den Gedanken der friedlichen Koexistenz wies er brüsk zurück. Während Bretholz die jahrhunder-

---

<sup>38</sup> Hans-Dietrich Schultz, Alfred Rühl – ein Nonkonformist unter den Berliner Geographen, in: *Die Erde* 134 (2003), 317-42, 335f.

<sup>39</sup> Albrecht Penck, *Deutscher Volks- und Kulturboden*, in: K. C. von Loesch (Hg. u. a.), *Volk unter Völkern* (= Bücher des Deutschtums, Band 1.) Breslau 1925, S. 62-73, 62ff.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 62ff.

<sup>41</sup> Wissenschaftliches Institut für Kultur und Geschichte des Sudetendeutschtums in Wien an die Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums – Deutsche Akademie in München vom 15. Juni 1928 (BArch, R 8043, 269, 555f.).

tealte Zweisprachigkeit in Böhmen und Mähren lobte,<sup>42</sup> um sich auf dieser Basis für den deutsch-tschechischen Ausgleich einzusetzen, hob Gierach einseitig die historisch gewachsene Dominanz des „Deutschtums“ hervor.<sup>43</sup> Die Kampagne, die Gierach im Rahmen der Leipziger Stiftung gegen Bretholz initiierte, konnte innerhalb des „sudetendeutschen“ Wissenschaftsmilieus vor allem deshalb greifen, weil es sich um Bretholz um einen deutschsprachigen „Juden“ handelte. Außerdem erhielt Bretholz auch Unterstützung aus dem Wiener „Wissenschaftlichen Institut für Kultur und Geschichte des Sudetendeutschums“, einer Forschungseinrichtung der Sudetendeutschen im Exil, die mit der Ersten Republik identifiziert wurde.<sup>44</sup> Bretholz war bereits während seiner Wiener Zeit zum Christentum konvertiert. Außerdem schrieb er die Geschichte der mährischen Juden, was ihn unter den sudetendeutschen Historikern zur Zielfigur Nr. 1 ihrer wissenschaftlichen „Abwehrarbeit“ machte. Wer gegen Bretholz vorging, konnte das in der Vorstellung tun, damit zugleich den Anspruch der jüdischen Eliten im Tschechoslowakischen Staat zu treffen, erstens zwischen Tschechen und Deutschen zu vermitteln und sich zweitens zur deutschen und tschechischen Kultur zuzurechnen.<sup>45</sup>

Was Erich Gierach unter den deutschen Volks- und Kulturbodenforschern so heraus hob, war nicht nur seine polemisch-streitbare Rhetorik, die von den Ideen eines völkisch-nationalistischen Kulturkonzepts getragen war. Es war sein Talent als Organisator des „sudetendeutschen“ Anliegens, dem er durch die Reichenberger Hochschulwochen zum Ausdruck verhalf. Doch nicht nur das trug ihm den Ruf eines heimlichen Kultusministers der „sudetendeutschen“ Bewegung zu. Der Zweck der Reichenberger Veranstaltungen lag darin, die örtlichen Bildungseliten mit den Axiomen der deutschen Vordenker der völkischen Gemeinschaftssoziologie und „großdeutschen“ Geschichtswissenschaft vertraut zu machen. Als Hans Freyer auf der Hochschulwoche in Reichenberg von 1926 seine Konzeption der „Deutschen Weltanschauung“ vorstellte, erreichte die „Revolution von Rechts“ auch die „sudetendeutschen“ Bildungseliten. Freyer sah im „Volkstum“, übrigens in Anlehnung an Fichte, „Gemeinschaft[en] höherer Ordnung“ am Wirken. Dieses „einmalige Wesen mit besonderem Schicksal“ hing seiner Meinung nach eng mit der Idee des Machtstaates zusammen, „die Weltgeschichte aus den Individualitäten der einzelnen

---

<sup>42</sup> Vgl. Berthold Bretholz, *Geschichte Böhmens und Mährens*, Bd. 3, Reichenberg 1921, 24f.

<sup>43</sup> Erich Gierach, *Die Bretholz'sche Theorie im Lichte der Sprachforschung*, in: Wilhelm Volz (Hg.), *Der ostdeutsche Volksboden*, Breslau 1926, S. 144.

<sup>44</sup> Wissenschaftliches Institut für Kultur und Geschichte des Sudetendeutschums in Wien an die Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums – Deutsche Akademie in München vom 15. Juni 1928 (BArch, R 8043, 269, 555f.).

<sup>45</sup> Vgl. Berthold Bretholz, *Geschichte der Juden in Mähren im Mittelalter*. Bd. 1: *Bis zum Jahr 1350*, Brünn 1934. Erst Wilhelm Wostry kennzeichnete Bretholz 1942 in einer Anmerkung als Juden. Siehe Wostry, *Sudetendeutsche Geschichte 1918-1938. Forschung und Darstellung*, in: *Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem Ersten Weltkrieg*, Leipzig 1943, S. 488-530, 501, Anm. 12.

Volkstümer und ihrer Kulturen“ aufzubauen. Seine völkisch-nationalistische Staatsidee, das brauchte Hans Freyer vor Ort gar nicht erst auszuführen, weil es allen bewusst war, beruhte auf der Idee des autoritären Staates, dem die Rechte des Individuums untergeordnet waren. Freyer sprach unmissverständlich von einem absoluten Volk.<sup>46</sup> Auf welches territorialstaatliche Ziel dieses Bündnis von „Volk und Staat“ abzielte, verdeutlichte der Vortrag des Wiener Mittelalterhistorikers Hans Hirsch, der in Reichenberg als Vordenker des „Großdeutschen Reichsgedankens“ auftrat. Hirsch grenzte sich ausdrücklich von Österreich ab, obwohl er selbst Österreicher war, indem er nur dem Deutschen Reich die Kraft der politischen Führung zusprach, den Versailler Vertrag aufzulösen. Bismarcks kleindeutsche Lösung von 1871 denunzierte er als eine überwundene Geschichtsauffassung ohne Zukunft. Stattdessen plädierte er für die Errichtung eines neuen Staatswesens auf der Basis des „Großdeutschen Reichsgedankens“.<sup>47</sup>

Richard Czaki, der diese Reichenberger Hochschulwochen als Vertreter der Rumäniendeutschen besuchte, vermerkte 1926 sichtlich irritiert, er habe dort keine Werbung für diese Veranstaltung auf tschechisch gesehen, wobei er verwundert festhielt, dass die Besucher solche Anschläge „trotzig“ ablehnten. Tatsächlich gehörte es zu den Hauptaufgaben dieser Hochschulwochen, ausschließlich die „sudetendeutschen“ Lehrer und Bildungseliten „in eine lebendige Berührung mit dem bodenständigen Deutschtum des tschechischen Staates“ zu bringen.<sup>48</sup> Die Hochschulwoche in Reichenberg von 1926 trug jedenfalls der Hinwendung der deutschen Bildungseliten in der ČSR zum reichsdeutschen Revisionismus Rechnung.

Indessen begriff Emil Lehmann, Lehrerausbilder und rechte Hand Erich Gierachs, die Deutschen in Böhmen und Mähren ohnehin als unterdrücktes „Grenzdeutschtum“ einer Provinz, die eigentlich zum Deutschen Reich gehöre.<sup>49</sup> Diese Einstellung war das Resultat eines grundlegenden Paradigmenwechsels, weg von der Defensivposition, hin zur Irredenta: Noch 1917 hatte Lehmann für eine „gesamtdeutsche“ Perspektive plädiert, in der Reichsdeutsche und Deutsch-Österreicher die Funktion einnahmen, die anderen Völker in Europa unter ihrer Führung zu einigen, um „Mitteleuropa“, in Verteidigung gegen Russland und England, in einen politischen Großraum umzuwandeln. Damals betonte Lehmann die gemeinsame ethnische bzw. „völkische“ Herkunft aller Deutschen als ein beide Seiten verbindendes Element, ohne dass er die Grenzen zwischen Österreich als „Vielvölkerstaat“ und dem Deutschen Kaiserreich aufzugeben bereit war. Demzufolge hielten die Deutsch-Österreicher die ausei-

---

<sup>46</sup> Hans Freyer, Deutsche Weltanschauung, in: Die Tagung für Deutschkunde und die Reichenberger Sommerhochschulwochen, in: Die Tagung für Deutschkunde, Reichenberg 1927, S. 15.

<sup>47</sup> Hans Hirsch, Die Epochen der deutschen Geschichte, in: Ebenda, S. 9f.

<sup>48</sup> Einleitung: Die Tagung für Deutschkunde und die Reichenberger Sommerhochschulwochen, in: Ebenda, S. 3.

<sup>49</sup> Emil Lehmann, Der Sudetendeutsche. Eine Gesamtbetrachtung, Potsdam 1925, S. 9f.



inanderstrebenden Kräfte der slawischen Völker unter einem gemeinsamen Dach zusammen, auch zugunsten der Reichsdeutschen.<sup>50</sup> Jetzt ordnete er sich dem Großdeutschlandmodell zu und suchte den Anschluss an die reichsdeutsche akademische Rechte, wobei er sich vom österreichischen Staat, nicht jedoch von den österreichischen Bildungseliten löste. Diese bildeten nach wie vor ein Ziel der politischen Bildung, soweit sie der Anschlussbewegung angehörten.

Wie Erich Gierach sich den inneren Aufbau des deutschen Volkes vorstellte, geht aus seiner Rede von Juni 1928 hervor, die er auf der Hauptversammlung des VDA in Gmunden hielt. Die Frage, was er sich unter der „Wesenheit des Volkstums“ vorstellte, beantwortete er mit dem Verweis auf die „Volksgemeinschaft“, die aus der „Blutgemeinschaft“ einer „Rasse“ bestand. Sein Begriff von „Volkstum“ basierte auf dem Paradigma der Rassenhygiene, wonach die Konstruktionsmerkmale einer Rasse auf ihre Erbanlagen zurückgingen, die wiederum durch „Blut“ und „Boden“ geprägt waren.<sup>51</sup> In Anknüpfung an den Geburtenrückgangdiskurs der reichsdeutschen Bevölkerungswissenschaftler, der im Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum durch Friedrich Burgdörfer und Hans Harmsen geführt wurde,<sup>52</sup> ging auch Gierach von der gefährdeten Substanz des Deutschtums in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches aus. Er sprach nicht nur von der drohenden „Vernichtung“ der Kultur- und Sprachgemeinschaft des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Gierach sah auch die niedrige Geburtenrate als Problem für den demographischen Bestand der grenzdeutschen Eliten an. Deshalb forderte er nicht nur die Überwachung des deutschen Schulwesens, sondern auch Maßnahmen zur Geburtensteigerung. Als Mittel zur Mobilisierung der Angehörigen der deutschen Minderheiten empfahl er die Erweckung eines geeigneten Nationalgefühls.<sup>53</sup> Nur ein Jahr später sollten Erich Gierach und Emil Lehmann die Formel finden, durch die das Nationalgefühl der deutschen Minderheit als „Sudetendeutsche“ gefestigt und im Kampf gegen die tschechoslowakische Republik eingesetzt werden konnte.

Erich Gierach und seine rechte Hand im Reichenberger Volksbildungswerk, der Pädagogiklehrer Emil Lehmann, hatten bis 1929 systematisch an einer eigenen „sudetendeutschen“ Geschichtskonstruktion gearbeitet, worin die

---

<sup>50</sup> Vgl. Emil Lehmann, *Deutschösterreich in Mitteleuropa* (= Deutscher Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse: Sammlung gemeinnütziger Vorträge; Bd. 464/65), Prag 1917, S. 1-19.

<sup>51</sup> Erich Gierach, *Volkstum und Schutzarbeit*, in: *Sudetendeutscher Wandervogel* 7/8 (1931/32), S. 227-228.

<sup>52</sup> Sabine Schleiermacher, „Um die Sicherung des Lebensraumes der Familie“. Bevölkerungspolitische Konzepte Hans Harmsens in Weimarer Republik und Nationalsozialismus, in: Rainer Mackensen (Hg.), *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“*, Opladen 2004, S. 142ff., und Ingo Haar, *Bevölkerungspolitische Szenarien und bevölkerungspolitische Expertise im Nationalsozialismus*, S. 346ff.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 228.

Geschichte Böhmens als eine Geschichte der Unterdrückung der deutschen Bevölkerung dargestellt wurde. Darin erschien die deutsche Minderheit als eine ethnisch homogene Gruppe, die sich erfolgreich gegenüber den Integrationsansprüchen der vermeintlich tschechischen Republik behauptete. Diese Auseinandersetzung löste sich quasi auf der „höheren“ Ebene auf, indem die deutsche Seite der Geschichte ihrer „völkischen“ Unterdrückung durch die Errichtung eines „Großdeutschen Reiches“ ein Ende setzte. Gierachs 1929 erneut unter dem Pseudonym Erich Volkmann publizierte Kampfschrift „Die Sudetendeutschen“ knüpfte eng an die im Deutschen Schutzbund verbreitete Position an, dass sich die Deutschen in der ČSR auf der Basis der Volksgemeinschaftsidee zusammenschließen müssten, um ihren kollektiven Austritt aus dem Tschechoslowakischen Staat vorzubereiten. Für diesen Zweck verengte er den Begriff des „Sudetendeutschen“ auf die ethnisch und kulturell homogene „Volksgruppe“, die im ohnehin nicht überlebensfähigen Nationalitätenstaat der Tschechen ähnlich geknechtet würde wie die Slowaken und die Ruthenen in Karpathorussland und sich demnach befreien sollte.<sup>54</sup>

Welche Zielsetzung das Deutungsmuster vom „Sudetendeutschen“ auf die politische Agenda setzte, verdeutlichen die antisemitischen Aktivitäten an der Deutschen Universität in Prag. Dort hatten die deutsch-völkischen Studenten bereits 1922 zum Streik aufgerufen, um die Wahl des Historikers Samuel Steinherz zum Rektor der Universität rückgängig zu machen. Er war zwar bekennender Deutscher, aber jüdischer Herkunft. Als der 1857 geborene Steinherz zum Rektor ernannt werden sollte, was ihm nach alter Tradition allein aus Altersgründen zustand, streikte die Deutsche Studentenschaft, um dessen Rücktritt zu erzwingen. Steinherz resignierte, obwohl er über die Unterstützung des tschechischen Kultusministers verfügte. Die Mehrheit der deutsch-völkischen Professoren, darunter auch Erich Gierach, verweigerte ihm das Vertrauen. Gierach stand offenbar auf der Seite der deutsch-völkischen Studenten, die den Rektor gegen den Widerstand der liberalen und sozialdemokratischen Studenten und Professoren boykottierten.<sup>55</sup>

Warum Gierach sich aber vornehmlich in Reichenberg engagierte, mag vielleicht daran gelegen haben, dass ihm Samuel Steinherz beim Aufbau der universitären Heimatforschung zwar keine Steine in den Weg legte, sich aber innerhalb der Kommission für Heimatforschung erfolgreich gegen das Projekt einer „sudetendeutschen Biographie“ gewehrt hatte. Offenbar setzte Gierach den Begriff des „Sudetendeutschen“ mit dem rassistischen Reinheitsprinzip der reichsdeutschen Nationalsozialisten gleich. Er wollte jedenfalls die Aufnahme von Einträgen zu Personen ablehnen, die tschechischer oder jüdischer Herkunft waren. Steinherz dagegen bevorzugte als Arbeitstitel für das Projekt „Lebensbilder deutscher Männer und Frauen in den Böhmisches Ländern und der Slo-

---

<sup>54</sup> Erich Volkmann [alias Erich Gierach], *Die Sudetendeutschen*, Langensalza 1929, S. 48ff.

<sup>55</sup> Peter Arlt, Samuel Steinherz (1857-1942), Historiker. Ein Rektor zwischen den Fronten, in: Monika Glettler (Hg. u. a.), *Prager Professoren 1938-1948*, S. 71-104, 85ff.

wakei“. Nach seiner Meinung sollten auch Nicht-Deutsche aufgenommen werden, wenn sie sich um die deutsche Kultur verdient gemacht hatten.<sup>56</sup> Schließlich konnte sich Gierach auch in den universitären Selbstverwaltungsgremien nicht durchsetzen. Als er sich 1933 als Wortführer der deutsch-völkischen Professoren zur Wahl des Rektors stellte, verlor er gegen den Slawisten Edmund Schneeweis. Dieser gehörte zwar auch der Henlein-Partei an, war aber nicht so radikal wie Gierach. Die deutsch-völkisch gesinnten Professoren um Gierach vergaßen diese Niederlage nicht, weshalb sie dem damaligen Herausforderer aus der „Systemzeit“ später ausschließlich negative Gutachten ausstellten, wenn der SD und die Partei sie anforderten.

### „Sudetendeutsche“ Wissenschaften und NS-Staat: radikalnationalistische Milieus auf dem Weg zum Münchener Abkommen

Bis 1935 wählten 80 % der Angehörigen der deutschen Minderheit solche Parteien, die in den tschechischen Parlamentarismus eingebunden waren. Die beiden ultrarechten Parteien hingegen, die DNSAP und die DNP, lösten sich 1933 auf Druck des tschechoslowakischen Staates auf bzw. kamen ihrem Verbot durch Selbstauflösung bevor. Erst zur Parlamentswahl am 19. Mai 1935 gewann die neu gegründete Sudetendeutsche Partei von Konrad Henlein auf Anhieb 67 % aller deutschen Stimmen.<sup>57</sup> Demgegenüber waren die Parteien des Aktivismus 1935 vollständig eingebrochen. Die DSAP erhielt 16 %, die CSP 7 % und der Bund der Landwirte 6 % der deutschen Stimmen. Diese Entwicklung, die letztlich 1938 zum Münchener Abkommen und 1939 zum Angriff des Deutschen Reiches auf die Tschechische Republik führte,<sup>58</sup> basierte zum einen auf der Intransigenz der nationalistischen Bildungseliten der deutschen Minderheit gegenüber der tschechischen Mehrheitsbevölkerung und zum anderen auf der Persistenz des Unabhängigkeitswunsches im deutsch-völkischen Sozialmilieu.

Nicht zuletzt die andauernde Infragestellung der Legitimität der tschechoslowakischen Demokratie durch die „sudetendeutschen“ Bildungseliten verursachte die innere wie äußere Aushöhlung der Legitimität der demokratischen ČSR. Der innenpolitische Aufstieg der NSDAP und der deutsche Austritt aus dem Völkerbund erschütterten offenbar zusätzlich das Vertrauen der deutschen Minderheit in den tschechoslowakischen Staat, die schwelenden, aber nicht

---

<sup>56</sup> Ebenda, S. 98f.

<sup>57</sup> Jiří Sláma/Karel Kaplan, Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935–1946–1948. Eine statistische Analyse (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; 53), München 1986, S. 23.

<sup>58</sup> Ronald Smelser, Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933-1938, S. 110.

beendeten Minderheitenkonflikte in den Griff zu bekommen. Allein die politischen Stationen im Leben Erich Gierachs, der einer der einflussreichsten Irredentisten innerhalb der deutschen Minderheit der CSR war, widersprechen der Agententheorie, wonach der Sturz der Tschechoslowakischen Republik allein auf die vermeintlich nationalsozialistische Henlein-Partei zurückgeführt wird.<sup>59</sup> Der sudetendeutsche Irredentismus war ein regionales Eigengewächs der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakischen Republik, und keine bloße Kopie des deutschen Nationalsozialismus. Erich Gierach gehörte aber nicht der „Kriegsjugend“-Generation, sondern der „Frontkämpfergeneration“ an. So kann auch nicht von einem Generationsprojekt der „Sudetendeutschen“ ausgegangen werden, wenn es darum geht, den Erfolg der Henlein-Aktivisten und ihres Irredentagedankens zu bewerten.<sup>60</sup> Das Projekt einer deutschen Irredenta war generationenübergreifend, und seine paradigmatischen Wurzeln basierten auf einer programmatischen Synthese von radikalnationalistischen-völkischen, ständestaatlich-konservativen und nationalsozialistischen Grundüberzeugungen, ohne dass es bereits zu klaren Trennlinien zwischen diesen ideologischen Dispositionen gekommen wäre. Diese Synthese der radikalen Nationalisten brach erst gegen Ende der zwanziger Jahre auf, nachdem sich die Nationalsozialisten in Deutschland als eigenständige politische Kraft – neben dem bürgerlichen Nationalismus der Jungkonservativen – politisch durchgesetzt hatten und als sie dazu übergingen, den eigenen ideologischen Kanon in Abgrenzung zum Jungkonservativismus auszudefinieren. Gemeinsam lehnten Jungkonservative und Nationalsozialisten jedoch die parlamentarische Demokratie und die Folgen der Pariser Vorortverträge ab, wogegen sie im Innern durch einen autoritären Putsch und im Äußeren durch die Bildung eines „Großdeutschen Reiches“ im Rahmen einer neuen deutschen „Lebensraumpolitik“ vorgehen wollten. Noch in den zwanziger Jahren verdeckte die Opposition gegenüber den Aktivisten unter der deutschen Minderheit und dem tschechischen Staat den Riss zwischen den Jungkonservativen und den Nationalsozialisten unter den Radikalnationalisten der deutschen Minderheit, wenngleich die Grenzen zwischen diesen Bewegungen fließend waren.<sup>61</sup>

Ob die Bildungseliten, die den „Volkstumskampf“ an den Universitäten und Bildungsstätten in Reichenberg und Prag vorstrukturierten, nicht der politischen Bewegung der radikalen Rechten der Henlein-Faschisten um eine Nasenlänge voraus waren, lässt sich deutlich bestimmen. Die Loyalität der Prager

---

<sup>59</sup> Vgl. Jaroslav Kučera/Christoph Boyer, Die Deutschen in Böhmen, die Sudetendeutsche Partei und der Nationalsozialismus, in: *Bohemia* 38 (1997), S. 357-385.

<sup>60</sup> Siehe hierzu die Kritik an der heuristischen Verengung des Generationsmodells durch Ingo Haar, Der „Generalplan Ost“ als Forschungsproblem, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, S. 362-368.

<sup>61</sup> Vgl. hierzu die Zusammenfassung und Kritik der Debatte durch Wilfried Jilge, Zwischen Autoritarismus und Totalitarismus: Anmerkungen zu einer Kontroverse, in: *Bohemia* 39 (1998), S. 96-109.

Bildungseliten an der Deutschen Universität gegenüber Hitler-Deutschland wogen jedenfalls schwerer als der Amtseid auf die demokratische Verfassung der ČSR. Unmittelbar nach der Gleichschaltung des deutschen politischen Systems suchten sowohl die Vordenker des Reichenberger Milieus als auch die Prager Hochschullehrer den wissenschaftspolitischen Schulterschluss mit dem NS-Regime. Als Anlaufpunkte diente die Berliner Nordostdeutsche und die Wiener Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft (NOFG, SOFG). Dem Anpassungsprozess zwischen den „großdeutschen“ Wissenschaftsmilieus auf der einen Seite und den „sudetendeutschen“ Bildungseliten auf der anderen Seite ging aber der Durchsetzungserfolg der sudetendeutschen Radikalnationalisten in der ČSR voraus.

Die NOFG war bereits 1932 von Anhängern der „nationalen Opposition“ gegründet worden. Ab 1933 diente sie dem NS-Regime zu dem Zweck, mit Hilfe der Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaft (später DFG) neue Denkfabriken aufzubauen. Deshalb war sie auch sowohl gegenüber dem Auswärtigen Amt als auch gegenüber dem Reichsinnenministerium berichtspflichtig. Die in der NOFG institutionalisierte Ostforschung war darauf spezialisiert, das NS-Regime in Minderheitenfragen zu beraten und die Forschung dogmatisch auf nationalsozialistische Positionen zurückzuführen. So gut wie alle universitären Milieus der deutschen Minderheitenforschung waren auf diese Organisation angewiesen. Dessen neuer „Führer“, der Berliner Mittelalterhistoriker Albert Brackmann, lenkte über diesen engen Kanal die Mittelzuwendungen der DFG. Die Mitglieder dieses Ostforschungsverbundes bekannten sich dazu, die nationalsozialistische Doktrin vom „Volkstumskampf“ heuristisch in die Analyse und Beschreibung von Nationalitätenfragen zu integrieren. Ohne eine Einbindung in den VDA oder die NOFG, aber auch ohne das positive Votum Albert Brackmanns, blieb der Unterhalt oder gar die Neukonzeptionalisierung von Forschungsprogrammen, die sich Minderheitenfragen der Auslandsdeutschen zuwandten, nahezu illusorisch. Analog zu den Naturwissenschaften, die innerhalb der „Notgemeinschaft“ (ab 1935 in der DFG) ebenfalls einem „Führer“ unterstellte Fachsparten ausbildeten und Forschungscluster gründeten, diente die NOFG der Minderheitenforschung als Instrument der Ressourcenallokation, wobei der Aspekt der Forschungskontrolle eine bedeutende Rolle spielte. Die NOFG war mit dem NS-Regime auf zwei Ebenen verflochten. Mit Hilfe der Notgemeinschafts- bzw. DFG-Mitteln baute sie lokale Denkfabriken auf, die eng mit den Gauverwaltungen und dem VDA verquickt waren. Die Leiter der örtlichen Dienststellen gehörten den Universitäten als Professoren oder Habilitationskandidaten an. Gleichzeitig diente die NOFG dem Auswärtigen Amt, dem Reichsinnenministerium und der neuen „gleichgeschalteten“ VDA-Spitze als Beratungsinstanz für Minderheitenfragen. So konnte diese Einrichtung sowohl auf der Gau- als auch auf der Reichsebene ihre Interessen ausspielen. Außerdem fiel ihr als Nachfolgeeinrichtung der Leipziger Stiftung

die Funktion zu, die Forschungsmilieus der Auslandsdeutschen an das „Dritte Reich“ anzubinden.<sup>62</sup>

Die erste NOFG-Tagung in Neiße diente den sudetendeutschen Wissenschaftsmilieus der Kontaktaufnahme mit dem neuen NS-Staat. Dabei ging es um die Aufgabe, die politischen Leitlinien der „nationalen Revolution“ zu verarbeiten, die disparaten völkischen Wissenschaftsmilieus untereinander – von außen – zu koordinieren und sie in ein dem NS-Regime gegenüber konform eingestelltes Forschungsprogramm zu überführen. Erich Gierach und sein Milieu der völkisch-rassistischen Volks- und Kulturbodenforschung Reichensbergs zog in Neiße große Aufmerksamkeit auf sich. Theodor Oberländer, der Leiter des VDA und des NS-Gaugrenzlandamtes in Königsberg, führte ihn als „Vorkämpfer“ des sudetendeutschen „Volkstumskampfes“ ein. Sein Vortrag war für die Gelehrtenegesellschaft vor allem deshalb beeindruckend, weil er zwar auf den geringen Zulauf für die NS-Bewegung unter den Sudetendeutschen hinwies, aber diese selbst zum Aktivposten im „Volkstumskampf“ erklärte: „Die tschechischen Geburtenzahlen gehen zurück. Biologisch, wirtschaftlich und geistig ist die Kraft der Sudetendeutschen ungebrochen.“<sup>63</sup> Die Schwäche der Deutschböhmen, nach 1919 keinen Widerstand gegen die tschechische Übernahme zu Wege gebracht zu haben, führte er auf die Spaltung der Bevölkerung in der „Judenfrage“ und die Stärke der Sozialdemokratie zurück. Beide Faktoren verhinderten seiner Ansicht nach den Abwehrblock gegen die tschechoslowakische Staatsbildung. Walter Kuhn, der dem Gefolge Gierachs angehörte, argumentierte ähnlich, nur dass er ausschließlich über die Bewohner der deutschen „Sprachinseln“ urteilte. Kuhns rassistische Terminologie wies die damaligen Auswanderer, welche die deutschen Sprachinseln gründeten, als den Typus einer sozial und biologisch geschlossenen Gruppe aus, die sich durch „Auslese“ besonders unanfällig für „Umvolkung“ (Assimilation) gemacht habe. Kuhn vertrat bereits seit 1926 die Ansicht, dass nur „Mischehen“ die ethnische Homogenität der Sprachinseldeutschen gefährden würden, was er als „Volkstumsverlust“ auswies.<sup>64</sup>

---

<sup>62</sup> Michael Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931-1945*, Baden-Baden 1999, S. 178-239, 547-587; Michael Burleigh, *Germany turns Eastwards. A Study of Ostforschung in „Third Reich“*, Cambridge 1988, Ingo Haar, *Volksgeographie und Königsberger Milieu. Forschungsprogramme zwischen Weimarer Revisionspolitik und nationalsozialistischer Vernichtungsplanung*, in: Harmut Lehmann/Otto Gerhard Oexle, *Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Fächer-Milieus-Karrieren* (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 200), Göttingen 1969, 169-209.

<sup>63</sup> Zitiert aus dem Vortrag Ernst Gierachs, abgehalten auf der ersten Tagung der „nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ vom 27. April 1934 in Heimgarten bei Neiße (BArch, R 153, 1280).

<sup>64</sup> Vgl. Walter Kuhn: *Eine Jugend für die Sprachinselforschung. Erinnerungen*, in: ders., *Neue Beiträge zur schlesischen Siedlungsgeschichte. Eine Aufsatzsammlung*, Sigmaringen 1984 (= Quellen und Darstellungen zur schlesischen Geschichte; 23), 238-275, und ders., *Ver-*

Noch wichtiger als die rassistischen Lageanalysen, durch die sich die wissenschaftlichen Funktionseliten der NS-Bevölkerungspolitik über die Assimilations- und Abwehrpotentiale der deutschen Sprachinseln im Ausland informierten, waren die wissenschaftspolitischen Absprachen. Eine erste betraf die Förderungspraxis der DFG für die Prager Universität und die Reichenberger Volkstumsforschung. Albert Brackmann vermittelte Erich Gierach und sein Hilfsgesuch für die sudetendeutsche Volkstumsforschung an Johann Daniel Achelis weiter, den die Nationalsozialisten als Staatssekretär in das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin holten, um die Universitäten gleichzuschalten.<sup>65</sup> Gierach vermerkte, dass das tschechische Kultusministerium inzwischen 23 Professuren unbesetzt ließ. Gierach folgerte daraus, dass die jungen Assistenten an der Prager Deutschen Universität nur noch durch reichsdeutsche Planstellen abzusichern seien.<sup>66</sup> Das Reichswissenschaftsministerium kam diesem Wunsch zwar nicht nach, aber immerhin entlastete die NOFG die sudetendeutsche Forschung, indem sie Beihilfen organisierte, ohne die grundsätzlich kaum ein Wissenschaftsbetrieb läuft. Brackmann bewilligte Josef Pfitzner mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes 500 RM für Forschungsreisen.<sup>67</sup> Die Zeitschrift „Sudeta“, die über knapp 400 Abonnenten verfügte, trug sich weder über den Verkauf, noch konnten die Sudetendeutschen ihre Finanzierung übernehmen. Es kamen zwar Zuzahlungen aus der regionalen Heimatbewegung zu, aber die Anschubfinanzierung hatte bereits der Fond der Leipziger Stiftung geleistet. Als diese 1929 in den Wirren um den Young-Plan stillgelegt worden war, übernahm Gierach selbst die Finanzierung, wobei er den Umfang der Zeitschrift von 12 auf 6 Bogen reduzierte. Ab 1935 übernahm der VDA die Finanzierung.<sup>68</sup> Die Kosten für die Arbeiten an Gierachs Ortsnamenbuch schaltete Brackmann über die Preußische Staatsbank (Seehandlung), wobei die Auszahlung die Deutsche Gesandtschaft in Prag erledigte.<sup>69</sup> Weitere Transfers erfolgten für Josef Hanikas Arbeiten über die „sudetendeutschen Volkstrachten“. Ihm ging es um die vergleichende Untersuchung bäuerlicher Trachten quer durch die „Volksgrenzen“, einschließlich slowakischer und tschechischer. Er unterstützte damit insbesondere das Bestreben der jüngeren Sudetendeutschen, sich durch das Tragen von Trachten von den Tschechen abzugrenzen. Er wollte den sudetendeutschen Trachtenträgern klar

---

such einer Naturgeschichte der deutschen Sprachinsel, in: Deutsche Blätter in Polen 3 (1926), S. 65-140.

<sup>65</sup> Über J. D. Achelis vgl. Michael Grüttner, Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik (= Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte; 6), Heidelberg 2004, S. 13.

<sup>66</sup> Albert Brackmann an Achelis vom 8. Mai 1934 (BArch, R 153, 1321).

<sup>67</sup> Aktennotiz von Johannes Papritz vom 18. Juni 1934 (BArch, R. 153, 1321).

<sup>68</sup> Aktennotiz über ein Gespräch zwischen Erich Gierach und Johannes Papritz vom 30. August 1935 (BArch, R 153, 1336).

<sup>69</sup> Johannes Papritz an die Deutsche Gesandtschaft in Prag (PAAA, R 11348, Bd. 16, Sudetendeutschtum, Bl. 37).

machen, dass gewisse Stilelemente des Slawischen auch bei germanisch-deutschen Kleidungen zu finden waren, weshalb sie diese als Stilmittel verwenden durften.<sup>70</sup>

Die NOFG griff ab 1935 vermehrt und nachhaltig in die Wissenschaftsbelange der sudetendeutschen Forschung Reichenbergs und der Deutschen Universität in Prag ein, aber ausschließlich über den Mittelsmann Erich Gierach. Das Auswärtige Amt spielte dabei eine ebenso zentrale Rolle wie das Reichswissenschaftsministerium. Die erste zielgerichtete Kooperation zwischen Erich Gierach und Brackmanns Verbund erfolgte Ende März 1935, als dieser die NOFG um eine direkte Sachbeihilfe für das Volksbildungsprogramm in Reichenberg bat.<sup>71</sup> Die Reichenberger Hochschulwoche diente den Prager Hochschullehrern inzwischen als Kontaktstelle mit dem neuen NS-Wissenschaftsestablishment. Die Hochschulwoche von August 1935 wurde gänzlich aus den Reichsmitteln der NOFG bestritten. Sie stellte sogar die Fachredner, die von außerhalb kamen. Neben den Historikern der Prager Universität wie Josef Pfitzner und Wilhelm Wostry betraf das den Wiener Mittelalter- und Neuzeithistoriker Otto Brunner, der nicht nur der verbotenen österreichischen NS-Bewegung angehörte, sondern auch seit 1932 der Wiener Vertrauensmann der deutschen NS-Südostforschung war.<sup>72</sup> Die Kooperation erstreckte sich aber auch auf interne Probleme der Deutschen Universität in Prag.

Ein ernster Konfliktpunkt zwischen dem tschechischen Mehrheitsstaat und den sudetendeutschen Hochschullehrern entzündete sich an der Frage nach den Grenzen der Hochschulautonomie, insbesondere in der Personalpolitik. Die Fakultäten der deutschen Minderheitenuniversität grenzten nach dem Machtantritt der NSDAP in Deutschland rigoros jüdische Anwärter aus, die sich dort auf freigewordene Stellen bewarben. Die Exklusionsziele bekamen zuerst deutsche Wissenschaftler jüdischer Herkunft zu spüren, die Deutschland verlassen wollten, wo sie verfolgt wurden. Das Auswärtige Amt und die Gesandtschaft lehnten Emigrationsgesuche nach Prag ab, um „die schon erheblich angewachsene Zahl der jüdischen und dem neuen Deutschland mindestens fremd gegenüberstehenden Dozenten“ nicht zu vermehren.<sup>73</sup> Umgekehrt sorgte die Kooperation zwischen Willhelm Wostry, dem Dekan der historischen Fakultät und Leiter des Vereins für die Geschichte der Deutschen in Böhmen, und der NOFG dafür, dass der Prager Nachwuchs im Deutschen Reich an den tschechischen Hochschulinstanzen vorbei ausgebildet werden konnte. Brackmann vermittelte dem Rektor der deutschen Universität im April 1935 ein Gespräch mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Wissenschafts- und In-

---

<sup>70</sup> Forschungsplan von Josef Hanika für Albert Brackmann vom 10. Mai 1934 (BArch, R 153, 1321).

<sup>71</sup> Aktennotiz eines Gesprächs mit Gierach vom 30. April 1935 (BArch, R 153, 1323).

<sup>72</sup> Vgl. Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 314.

<sup>73</sup> Deutsche Gesandtschaft in Prag, Walter Koch, an das Auswärtige Amt vom 25. Februar 1935 (PAAA, R 64135).



nenministeriums sowie mit der VDA-Spitze, um diese Außenfinanzierung zu regeln. Albert Brackmann warnte ausdrücklich davor, dass ein Fehlen des deutschen Nachwuchses von den Tschechen ausgenutzt würde, um „politisch oder rassistisch unerwünschte Persönlichkeiten in den deutschen Lehrkörper zu bringen“.<sup>74</sup> Nachdem das Reich die Ausbildung des Prager Nachwuchses übernahm, konnte der Rektor der deutschen Universität nicht nur das Problem der inakzeptablen Hausberufung umgehen; er verfügte auch über Ressourcen für die Nachwuchsbildung, die vom tschechoslowakischen Staat unabhängig waren.

Die zunehmende Rücksichtnahme der sudetendeutschen Hochschullehrer gegenüber den rassistischen Interessen des NS-Regimes stieß recht bald an die Grenzen der Akzeptanz durch den tschechoslowakischen Staat. Er ging ab 1934 verstärkt in Konfrontation mit der deutschen Universität. Der erste öffentliche Streit thematisierte die Traditionspflege der Universität selbst. Der Deutschen Universität wurden die altehrwürdigen Insignien entzogen und einseitig der tschechischen Seite zugeordnet. Wilhelm Wostry wandte sich am 23. Februar 1935 an Albert Brackmann, um ihn in den Insignienstreit einzubeziehen. Er wollte „unter der Hand eine Gegenschrift gegen die tschechischen Ausführungen in der Insignienfrage der deutschen Universität in die Wege leiten“. Dabei sollten holländische, schweizerische und englische Historiker den Streit für die deutsche Seite entscheiden.<sup>75</sup> Die Initiative ging von Percy E. Schramm aus. Er war der Meinung, dass, falls deutsche Historiker in den Streit eingriffen, das Buch als befangen abgetan würde.<sup>76</sup> So stellte die NOFG das Honorar für den Band zur Verfügung und zog Autoren aus dem Kreis ihres transnationalen Netzwerkes heran.<sup>77</sup> Auf diese Weise kam Gray Boyce, ein ehemaliger Mitarbeiter Henri Pirennes und Schüler von Louis John Paetov aus San Francisco, zu dem Auftrag, die Prager Universitätsgeschichte zu schreiben. Boyce hatte eine Professur an der Princeton University inne.<sup>78</sup> Seine Botschaft lautete, dass beiden das Recht auf die Insignien zustünde. Der Kernpunkt war, dass von tschechischer Seite vorher eine Broschüre herausgegeben worden war, in der das Recht auf die Insignien für sie alleine beansprucht wurde.<sup>79</sup> Am Ende erklärte sich das deutsche Wissenschaftsministerium bereit, das Buch mitzufinanzieren.<sup>80</sup> Schließlich übernahm der Verlag Walter de Gruyter aus Prestige Gründen

---

<sup>74</sup> Brackmann an Ferdinand Goeken, Auswärtiges Amt vom 18. April 1935 (BArch, R 153, 1322).

<sup>75</sup> Wostry an Brackmann vom 23. Februar 1935 (BArch, R 153, 1322).

<sup>76</sup> Percy E. Schramm an Brackmann vom 25. Februar 1935 (BArch, R 153, 1322).

<sup>77</sup> Aktennotiz über das Gespräch mit Kleo Pleyer vom 2. März 1935 (BArch, R 153, 1322).

<sup>78</sup> Percy E. Schramm an Brackmann vom 4. März 1935 (BArch, R 153, 1322).

<sup>79</sup> Brackmann an Schramm vom 6. März 1935 (BArch, R 153, 1322).

<sup>80</sup> Aktennotiz von Kohte vom 8. März 1935 (BArch, R 153, 1344).

den Druck.<sup>81</sup> Den Rest der Summe zahlte, durch Vermittlung der NOFG, die DFG.<sup>82</sup>

Die tschechische Seite hatte ab 1933 verstärkt Druck auf die sudetendeutsche Bewegung ausgeübt. Allerdings blieben die Wissenschaftsverbände unangetastet. Dies ist auch der Grund dafür, warum die Nebenaktivitäten der Prager Hochschulprofessoren nicht verfolgt wurden, obwohl einige der getarnten Forschungsprogramme direkte Grenzrevisionsforschungen im Vorfeld des Münchener Abkommens waren. Noch bevor Erich Gierach 1936 an die Universität München wechselte, hatte er im Oktober 1935 dafür gesorgt, dass seine Position als Manager des wissenschaftlichen Widerstands der sudetendeutschen Bewegung von einem Mann Konrad Henleins besetzt wurde. Gierach überließ Kurt Oberdorffer seine Funktionen, sowohl die Bildungsarbeit der sudetendeutschen Anschlussbewegung als auch die kartographischen und sprachwissenschaftlichen Forschungen. Dieser war in Personalunion Leiter des Stadtarchivs und des Stadtmuseums in Brünn und kulturpolitischer Berater Konrad Henleins.<sup>83</sup> Später stieg er zum Leiter der Abteilung III, Hochschule und Wissenschaft, im Hauptamt des Innern im Reichskommissariat in Reichenberg auf, wo er für die Wissenschaftspolitik im Sudetengau zuständig war.<sup>84</sup> Ihm hatte Erich Gierach bereits 1935 die Arbeiten an der Gemeindegrenzkarte und den Flur- und Ortsnamenatlas der Sudetendeutschen Länder übertragen. Oberdorffer wiederum führte diese Arbeiten in die statistische Abteilung der Henlein-Partei über. Ein weiteres Projekt, das Gierach, Oberdorffer und die NOFG initiierten, betraf die sogenannte „Familiennamen-Geographie“ der deutschen Minderheit. Dieser Kataster aller deutschen Familiennamen, die bis in das 17. Jahrhundert zurückverfolgt werden konnten, sollte 3000 Karteien umfassen. Als Basis diente das Untertanenverzeichnis für Böhmen von 1651, das zur Feststellung des Glaubensbekenntnisses diente, und die Landessteuerrolle von 1654, und für Mähren das Lastenregister von 1660.<sup>85</sup> Um im Kriegsfall zwischen dem Deutschen Reich und der ČSR den Zugang der deutschen Minderheit zu den Archiven zu sichern, sollten die Archivare der Henlein-Truppe ab Ende Dezember 1935 gezielt die Archive in der ČSR infiltrieren, um im Kriegsfall den tschechischen Zugriff zu verhindern. Als Negativbeispiel diente das polnische Archivwesen, wo den deutschsprachigen Archivaren inzwischen die Kontrolle entglitten war.<sup>86</sup> Ferner ließen Gierach und Oberdorffer den sudetendeutschen Volkskundeatlas und den Ortsnamensschlüssel für die sudetendeutschen Gebiete erarbeiten. Beide Forschungsprojekte wurden durch verdeckte Geldtransfers aus dem Revisionstopf des Auswärtigen Amtes und des RMdI finanziert. Einige

---

<sup>81</sup> Aktennotiz von Kohte vom 18. März 1935 (BArch R 153, 1344).

<sup>82</sup> DFG an Brackmann vom 4. April 1935 (BArch, R 153, 1322).

<sup>83</sup> Papritz an Aubin vom 1. November 1935 (BArch, R 153, 1343).

<sup>84</sup> Aktennotiz von Wolfgang Kohte vom 20. Oktober 1938 (BArch, R 153, 1422).

<sup>85</sup> Aktennotiz vom 12. Dezember 1935 (BArch, R 153, 1343).

<sup>86</sup> Aktennotiz vom 10. Dezember 1935 (BArch, R 153, 1343).

der Vorarbeiten aus diesen Projekten flossen direkt in die Verhandlungen um das Münchner Abkommen, und nach der Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich in die Umbenennung der tschechischen Ortsnamen in deutsche ein.<sup>87</sup>

## Fazit

Die Sudetendeutsche Forschung sah sich als Teil der „großdeutschen“ Irredenta, die auf der Basis eines Zusammenschlusses mit Österreich und dem Deutschen Reich die verloren gegangene Position als Herrschaftselite suchte. Das Ziel war die ethnische bzw. rassistische Schließung gegenüber dem tschechischen Mehrheitsvolk, die Eingliederung der sudetendeutschen Länder in ein neues „Großdeutsche Reich“, wobei die Unterdrückung der nationalen Eigenständigkeit der Tschechen und die Zerschlagung ihrer ersten Republik in Kauf genommen, wenn nicht gar angestrebt wurde. Die Verweigerung einer Koexistenz zwischen Deutschen und Tschechen durch die Parteigänger der sudetendeutschen Bewegung baute auf den erfolgreichen Versuchen der sudetendeutschen Forschung aus den zwanziger Jahren auf, der deutschen Minderheit ein völkisch-rassistisches Nations- und Volksverständnis zu vermitteln, das sich gegen Juden und Tschechen mobilisieren ließ. Auf der anderen Seite blieb die Schwäche der sudetendeutschen Eliten, dass sie ihre Abspaltungspläne nur mit Hilfe des Deutschen Reiches und Hitlers verwirklichen konnte, nicht ohne Folgen. Sie war auf Gedeih und Verderb mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ verbunden, nur dass dieses Bündnis nicht, wie gegen Ende des Ersten Weltkriegs, zum Verlust ihrer politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung, sondern zum Verlust der „Heimat“ führte. Die Voraussetzung der Zwangsmigration der Deutschen baute allerdings auf der bewussten Option der sudetendeutschen Eliten auf, sich nicht als Minderheit unter anderen Minderheiten in den tschechoslowakischen Staat einzufügen und die Gleichberechtigung mit den Tschechen zu suchen. Stattdessen setzte sich die völkisch-rassistische Programmatik durch, die Juden zu „dissimilieren“, also aus der Gesellschaft auszuschließen, und die tschechische Nation substanziell anzugreifen, um sie aufzulösen. Dieses Ordnungsmodell einer großdeutschen Irredenta auf rassistischer Basis teilten zwar in voller Bedeutung dieser Doktrin zuallererst nur die Reichenberger Bildungseliten um Gierach und um Lehmann, aber es sprang zwischen 1934 und 1935 auf einen Teil der Prager Hochschul-eliten an der Deutschen Universität über. Sie waren von der spürbaren Aussicht fasziniert, dass Hitler die Revisionspolitik in Südosteuropa plante, um eine

---

<sup>87</sup> Ortsnamenschlüssel zur Gemeindegrenzkarte der Sudetenländer von Erwin Winkler. Ausgearbeitet und nur für den Dienstgebrauch, herausgegeben von der Publikationsstelle Berlin-Dahlem 1938.

Revision der Nachkriegsordnung zu erzielen. Da die sudetendeutschen Hochschullehrer intensiv mit dem Milieu der sudetendeutschen Henlein-Partei verbunden waren, vertraten sie diese Positionen auch in nicht-universitären Milieus. Als Mittlerorgan zwischen Wissenschaft und Politik kam der eng mit dem VDA kooperierenden, dem Reichsministerium des Innern und dem Auswärtigen Amt unmittelbar unterstellten Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft jedenfalls eine zentrale Rolle zu, das sudetendeutsche Hochschulmilieu in den Bannkreis der Nationalsozialisten zu ziehen. Dieses Forschungsnetzwerk führte die sudetendeutschen Forschermilieus nicht nur an die deutschen Reichsministerien heran, es leistete auch einen beträchtlichen Beitrag in der wissenschaftspolitischen Beratung, Förderung und Lenkung der sudetendeutschen Heimatforschung im Vorfeld und in Hinblick auf das Münchener Abkommen. Diese Entwicklung setzte aber erst mit, und nicht vor dem Erfolg der Henlein-Faschisten in der ČSR ein.